

Bezugs-Preis eines Bogenblatts... 10 Pf.

Anzeigen-Preis: Die gelbe Zeile 1,50 Mk.

Schließung und Geschäftsstelle: Berlin 10, Kronenstr. 37

Einzel-Preis: 15 Pf.

Telegraphen-Adresse: Berlin 10, Kronenstr. 37

Sonntag, 24. August 1919

Postfach-Nummer: Berlin 26412

Einzel-Preis: 15 Pf.

Ein Brief Wilsons. Ueber die Ursachen des Weltkrieges.

Die Sonntagsausgabe des „Amerikaner Fremdenblattes“ veröffentlicht einen Brief des Präsidenten Wilson an den Hauptgeschäftsführer des Blattes, Herrn B. Hard...

Ganz Amerika gegen Versailles?

Umfassende Agitation gegen Wilson. Amherst, 23. August. Laut Pressebureau Rabo hat Senator Knox bei einer in seinem Bureau stattgefundenen Konferenz erklärt, daß der Friedensvertrag mit Frankreich...

Persien. Von Reichert von Nichtenloh.

Wichtig der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung. Das Reich ist durch den Ausbruch des Krieges einer so gewaltigen äußeren Bedrohung ausgesetzt...

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Sonntag, den 24. August. Dieckl: Max Reinhardt. Deutsches Theater. 8 Uhr: Auch ich war ein Jüngling...

20 Fragen an den Präsidenten.

Amherst, 23. August. Das Pressebureau Rabo meldet aus New-York, daß Senator Fall dem Präsidenten 20 Fragen unterbreitet hat...

Die Gegenbewegung.

Amherst, 23. August. Laut Pressebureau Rabo hat Herr „New York Tribune“ die Erklärung abgegeben, daß er nicht beabsichtigt sei, sich an der gegenwärtigen Agitation zu beteiligen...

Die Freisetzung der Ukraine.

Wien, 23. August. Ein Abzug aus dem russischen Reich ist für morgen vorgesehen. Die Freisetzung der Ukraine ist ein wichtiger Schritt...

Deutschland hat zu zahlen.

Brüssel, 23. August. Nach einem Telegramm an den Ministerpräsidenten Clemenceau geht der deutschen Friedensdelegation eine Note über...

Die Entente gegen Erzherzog Josef.

Der Reichstag hat sich mit der Lage in Ungarn und Beschlüssen, ein Telegramm an die internationalisierte Kommission zu richten...

Telegrammverträge mit Frankreich.

Wien, 23. August. Der allgemeine Telegrammverkehr mit Frankreich ist wieder eröffnet. Infolge des vollständigen Aufbruchs...

Wichtigste einer Allianz mit England.

Lord Balfour: Es habe sich um weberbindende noch nicht vollständig ausreichende Arrangements gehandelt...

Telegrammverträge mit Frankreich.

Wien, 23. August. Der allgemeine Telegrammverkehr mit Frankreich ist wieder eröffnet. Infolge des vollständigen Aufbruchs...

Wichtigste einer Allianz mit England.

Lord Balfour: Es habe sich um weberbindende noch nicht vollständig ausreichende Arrangements gehandelt...

Wichtigste einer Allianz mit England.

Lord Balfour: Es habe sich um weberbindende noch nicht vollständig ausreichende Arrangements gehandelt...

Wichtigste einer Allianz mit England.

Lord Balfour: Es habe sich um weberbindende noch nicht vollständig ausreichende Arrangements gehandelt...

Wichtigste einer Allianz mit England.

Lord Balfour: Es habe sich um weberbindende noch nicht vollständig ausreichende Arrangements gehandelt...

URANIA Taubensaal 48-49. Wissenschaftliches Theater 4 Pf. (kleine Preise) Die Vierwaldstätter See und der Gott-hard. 8 Uhr: Das Oberengadin und der Splügen.

Kunst und Wissenschaft

Hamburger Tageblattblätter.

Am der Afler gänzen Strände werden düstlich... Die Afler gänzen Strände werden düstlich...

Einflussnahme der Woche.

Einflussnahme der Woche. Schiller Theater: 28. Der Hund der Jugend... Einflussnahme der Woche. Schiller Theater: 28. Der Hund der Jugend...

Wochenplan der Berliner Bühnen.

Wochenplan der Berliner Bühnen. Täglich: Deutsches Theater: Nach wie vor ein... Wochenplan der Berliner Bühnen. Täglich: Deutsches Theater: Nach wie vor ein...

gang offen aus den Betrieben herausgeschleppt... Gang offen aus den Betrieben herausgeschleppt...

Umsatzpflicht für Mietverträge.

Umsatzpflicht für Mietverträge. Nach der... Umsatzpflicht für Mietverträge. Nach der...

Gross-Berlin

Ein Vorschlag des Bürgerrats Groß-Berlin zur Hebung der Kohlennot.

Ein Vorschlag des Bürgerrats Groß-Berlin zur Hebung der Kohlennot. Der Bürgerrat von Groß-Berlin hat sich in seiner... Ein Vorschlag des Bürgerrats Groß-Berlin zur Hebung der Kohlennot. Der Bürgerrat von Groß-Berlin hat sich in seiner...

Nachprüf-Zettel.

Nachprüf-Zettel. In letzter Zeit wird... Nachprüf-Zettel. In letzter Zeit wird...

Diebstahl in der Nationalgalerie.

Diebstahl in der Nationalgalerie. Gestern... Diebstahl in der Nationalgalerie. Gestern...

Sandels-Hochschule Berlin.

Sandels-Hochschule Berlin. Der Beginn... Sandels-Hochschule Berlin. Der Beginn...

Im Zoologischen Garten.

Im Zoologischen Garten. Heute konnte... Im Zoologischen Garten. Heute konnte...

Theater des Westens.

Theater des Westens. Die Frau im... Theater des Westens. Die Frau im...

Neue Kunstausstellungen.

Neue Kunstausstellungen. Das neue Drama... Neue Kunstausstellungen. Das neue Drama...

Ans den Theaterkreisen.

Ans den Theaterkreisen. Die Staats... Ans den Theaterkreisen. Die Staats...

Der Eisenbahnminister gegen die Massen-

Der Eisenbahnminister gegen die Massen-... Der Eisenbahnminister gegen die Massen-

Sing-Akademie zu Berlin. Direktor Professor Dr. Georg Schumann. Aufnahme singender Mitglieder...

A. Wertheim Berlin, Leipziger Straße. Bucherabteilung. Gottfried Keller Gesammelte Werke...

Handelsnachrichten.

Ernst und Spiel.

Von
Walter Funk.

„Was ihr nicht fahst, das fehlt Euch ganz und gar.“ Herr Erzberger will das versteckte und ins Ausland geflüchtete Kapital erfassen, und zwar mit „brutalem“ Griff. Aber das leicht bewegliche Kapital entschlüpft ihm durch die Finger. Wir haben in der verwichenen Woche das beschämende Schauspiel erlebt, daß auf die nachdrückliche Erklärung des Reichsfinanzministers, daß er das in das Ausland abgewanderte Kapital dem Steuersteckel des Reiches zuführen und zu diesem Zwecke den Notenumtausch und die Effektenabstempelung bestimmt durchführen werde, die deutschen Noten in Massen auf die neutralen Geldmärkte geworfen wurden, sodaß ein neuer starker Sturz des Markkurses erfolgte, der die deutsche und ausländische Finanzwelt in heftige Erregung versetzte. Zudem ertönte ein neuer Schreckschuß in einer Kampfansage des internationalen Kapitals zu die argen Notenden deutschen Regierung, indem angeblich Morgan verlaunet ließ, daß er dem deutschen Reichsfinanzminister das Recht abspreche, das im Ausland befindliche deutsche Kapital zur Besteuerung heranzuziehen, ja es wurde mit der Streichung der Marknotierung an den ausländischen Börsen, wenn Herr Erzberger nicht seine Pläne aufgeben, die eine Entwertung des deutschen Kapitals im Ausland zur Folge habe. Es ist schwer festzustellen, ob es sich bei diesen Verlautbarungen in der Tat nur um einen Schreckschuß handelte, dessen Urheber vielleicht in ganz anderen Kreisen als in denen der amerikanischen Finanzwelt zu suchen sind. Immerhin ist es angebracht, gegenüber derartigen irreführenden Auslassungen den Standpunkt des Reichsfinanzministeriums zu hören, der unseres Wissens etwa in folgender Weise vertreten wird:

Das Reich ist bei seinem großen Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen auf den Kredit des Auslandes angewiesen. Die Finanzpolitik muß nicht nur darauf gerichtet sein, jede Gefährdung der Kreditfähigkeit des Reiches zu vermeiden, sondern vor allem das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Reiches mit allen Mitteln zu stärken.

In den letzten Monaten besonders in Erscheinung getretene Abwanderung deutschen Kapitals nach dem Ausland ist eine Gefahr für die Finanzkraft des Reiches. Eine hermetische Absperrung der Grenzen gegen die Gefahr der Kapitalabwanderung ist in der gegenwärtigen Verhältnisse nicht aus geschlossen. Der Kapitalabwanderung kann nur in der Weise mit Erfolg vorgebeugt werden, daß das nach dem Ausland geflossene deutsche Kapital, soweit es Eigentum von in Deutschland steuerpflichtigen Personen ist, auch im Ausland steuerpflichtig erfährt werden kann. Dieses ist das Ziel, welches die gegenwärtige deutsche Finanzpolitik zu erreichen hofft, ohne indes das legitim im Ausland befindliche, ausländische gehörige deutsche Kapital irgendwie gefährden zu wollen. Ebenso wenig ist daran gedacht, das Kapital deutscher Staatsangehöriger, welches legitim mit Wissen der deutschen Behörden im Ausland arbeitet, in seiner Bewegungsfreiheit zu hemmen.

Es wird bei der Erörterung der auf Erfassung des geflüchteten Kapitals gerichteten Pläne des Reichs völlig verkannt, daß die steuerliche Heranziehung dieses geflüchteten Kapitals gerade zur Gesundung unserer Finanzen und somit letzten Endes auch zur Stärkung unseres Auslandskredits beitragen soll. Kein Ausländer und kein Deutscher der auf gestecktem Wege deutsches Kapital im Ausland liegen hat, kann und soll durch die vom Reich verfolgten Pläne irgendwie geschädigt werden. Die geplanten Kontrollverfahren können nur demjenigen mitfallen, welcher zum Zwecke der Steuerhinterziehung heimlich sein Kapital in das Ausland gebracht hat und sich namentlich in der Erwartung getäuscht sieht, dem deutschen Steueranspruch entronnen zu sein.

Es ist bedauerlich, daß über die Absichten der deutschen Finanzpolitik derartig irreführende und schädliche Nachrichten verbreitet werden, zumal die deutschen Steuergesetze, wie auch die zurecht den gesetzgebenden Körperschaften vorliegenden Entwürfe beweisen, es stets vermieden haben, eine gegen das Ausland gerichtete Tendenz zu zeigen.

Diese Feststellungen sind nötig, auch wenn man der Meinung ist, daß die Noten- und Effektenabstempelung, so verlockend sie für den Steuerminister erscheint, doch außerordentlich bedenklich ist und die Gefahr in sich schließt, daß das deutsche Wirtschaftsleben in eine neue Krise geigt wird. Es war nicht anders zu erwarten, als daß die Sachverständigenkommission, über deren Beratungen wir schon in der gestrigen Morgenzeitung berichtet haben, die Erzbergerischen Vorschläge hinsichtlich der Notenabstempelung in überwiegender Mehrheit ablehnen werde. Nimmt nun der Reichsfinanzminister in der Tat von einer Abstempelungskommission Abstand, so wird zwar die Verleserung der Markwerte aufhören und die Valuta sich etwas befestigen, aber wie steht es dann mit dem Steuerprogramm? Die Idee eines Notenumtausches und einer Abstempelung der Effekten im In- und Ausland würde doch an der Absicht geboren, das verflüchtete deutsche Kapital steuerlich zu erfassen. Wir haben nun bedauerlicherweise gesehen, daß die bloße Ankündigung eines Notenumtausches, wodurch eine Einziehung der in Milliardenhöhe lediglich in der Absicht der Steuerhinterziehung im Ausland abgewanderten Noten ermöglicht werden sollte, die Folge hatte,

daß das zu erfassende deutsche Kapital sich zusehends in ausländisches verwandelte. Der Besitz des Ausländers darf aber, wie auch aus den obigen Erklärungen unzweifelhaft hervorgeht, durch die deutschen Steuermaßnahmen in keiner Weise angetastet werden. In dieser Hinsicht hat der deutsche Reichsfinanzminister aber sein Spiel schon fast verloren. Ein Teil dieses abgewanderten Kapitals wird ja noch zu erfassen sein. Aber nun muß erst die Frage geklärt werden, ob das Ausland, insbesondere die neutralen, zu diesen Maßnahmen dulden, geschweige denn unterstützen wird. Herr Erzberger hält die Hilfe der Entente in dieser Hinsicht für sicher. Das ist ohne weiteres zu glauben, denn die Entente hat ein Interesse daran, daß in Deutschland möglichst viel steuerkräftiges Kapital vorhanden ist. Aber wie steht es mit den Neutralen, zu denen doch das Kapital in der Hauptsache geflüchtet ist? In dieser Hinsicht sind noch nähere Aufklärungen nötig.

Die Beratungen der Sachverständigenkommission in der Frage des Notenumtausches sind gestern abend fortgesetzt worden. Für die Effektenabstempelung dürfte sich unsehwer ein leichter durchführbarer, aber ebenso erfolgversprechender Weg als der vorgeschlagene finden lassen. Man verschloß sich keineswegs der Richtigkeit der Behauptung, daß der Notenumtausch günstige Wirkungen auf die Reichsfinanzen zu haben könnte — der Kapitalstrom der Banknoten im Inlande, wie er sich in den letzten Reichsbankausweisen zeigt, ist zweifellos schon eine Folge der bloßen Ankündigung —, aber nicht nur die Durchführung der Transaktion im Inlande stößt auf gewisse Schwierigkeiten (die allerdings zu überwinden sind), sondern insbesondere die sofort im Ausland in Angriff genommene Gegenaktion scheint diese Maßnahme, um jeden den großen Aufwand lohnenden Erfolg zu bringen. Ist dies aber der Fall, dann würden leider in der Tat die gegen den Leiter unserer Reichsfinanzen erhobenen Vorwürfe berechtigt sein, daß seine unklaren und unbedachten Andeutungen und Projekte dem deutschen Kredit im Ausland abträglich gewesen sind.

Nach dem Urteil sachverständiger Leute kann der drohende Zusammenbruch unserer Brot- und Fettversorgung nur durch schnelle und große Zufuhren aus dem Ausland vermieden werden. Solche werden aber durch die dauernde Entwertung der deutschen Valuta und die Abschneidung ausländischen Kredits unmöglich gemacht. Die wiederholten Versicherungen, daß mit dem Notenumtausch keine Veränderungen verbunden sein sollen, sondern daß diese lediglich lediglich der steuerlichen Erfassung des versteckten und verflüchteten deutschen Kapitals dienen soll, verfallen offenbar immer noch ihrer Wirkung. Die z. T. dunklen Mächte, gegen die Herr Erzberger kämpft, sind scheinbar seinen scharfen Waffen gewachsen. Aber in dem Kampf des Reichsfinanzministers gegen das Kapital droht das deutsche Wirtschaftsleben als Trümmerhaufen auf der Walstatt zu liegen.

Nicht nur an den ausländischen Devisenmärkten lenkenden die Überwachungen der Gesetzgeber der Reichsregierung deutlich wahrnehmen, auch an der Berliner Börse traten Erscheinungen zutage, die hiermit in ursächlichem Zusammenhang stehen. In den wenigen von der Beschlagnahme noch nicht betroffenen Valutawerten und solchen Effekten, denen die Spekulation mit mehr oder weniger Freigabe des Reichsfinanzministers beilieg, setzte eine stürmische Hanssbewegung ein, fremde Coupons und Noten waren lebhaft gefragt und auch in den sog. Grenzwerten fanden wieder größere Umsätze zu steigenden Kursen statt. Das bedeutet auch nichts anderes als eine Abwanderung der Reichsbank in fremde Währungen, wobei neben rein spekulativen ebenfalls Steuerhinterziehungsabsichten die treibenden Kräfte bilden. Die Hoffnung, diese Werte könnten der Staatskontrolle leichter unterworfen werden als Markwerte, erscheint aber recht trügerisch, und auch die Aussichten auf die günstige Verwertung dieser letzten Valutawerte werden durch die Bestrebungen ausländischer Regierung, diese Werte zur Verrechnung von Forderungen an das Deutsche Reich zu verwenden, bei der traurigen Finanzlage Deutschlands stark getrübt. Daß es sich bei den Kursbewegungen in diesen Tagen vielfach um ganz vage Spekulationen handelt, zeigt ein Fall S. S. a. u. R. o. n. a. z. u. Genüge, der durch eine neutrale Pressestimme kürzlich grell beleuchtet wurde: hier in Berlin wird der Kurs im Hinblick auf die Steigerung in Amsterdam heraufgetrieben und in Holland spekuliert man in die Häuser mit Rücksicht auf die Berliner Aufwärtsbewegung.

bereits zur Rückzahlung gezogenen Obligationen bis zur Tilgung der ganzen Anleihe an den Prämienziehungen teilnehmen. Berücksichtigt man jedoch, daß in dem Agio, das bei den im Krieg ausgegebenen Reichsschatzanweisungen zwischen dem derzeitigen Kurse und dem Rückzahlungskurs vorhanden ist, bereits eine große Gewinnchance liegt, so müßte die Prämienanleihe mit vielen und sehr hohen Treffern ausgestattet werden, wenn ihr ein Erfolg beschieden sein soll. Und auch dann noch muß es fraglich erscheinen, ob durch diese Anleihe die Summen aufgebracht werden können, die man in Regierungskreisen offenbar erwartet, denn die Prämienanleihe soll doch vor allem zu einer Herabminderung der auf 76 Milliarden angeschwollenen und täglich weiter wachsenden schwebenden Schulden dienen, soll also viele Milliarden einbringen, ob aber diese durch den verlorenen Krieg, die verheerende Revolution und den zermalmenden Waffstillstand zerrütteten und zerschlagenen Deutschen Reiche selbst bei unerwartet hohen Gewinncancen aus dem In- und Ausland Kapital in dem erwünschten großen Umfang zu beschaffen sind, ist immer noch fraglich. Ueberdies bleibt zu berücksichtigen, daß eine mit großen spekulativen Möglichkeiten ausgestattete Prämienanleihe auf den Kurstaud aller übrigen deutschen Staatspapiere ungünstig einwirken muß. Die in den letzten Tagen erfolgten starken Kursrückgänge in den älteren Reichsanleihen und besonders in den Reichsschatzanweisungen sind bereits zurückzuführen. Auch das neue Licht also, das der erfindungsreiche Reichsfinanzminister angezündet hat, strahlt leider nicht so hell, um den düsteren Horizont unserer Finanzwirtschaft hoffnungsvoll zu erhellen.

Vorgänge im Produktenverkehr.

Eine ganz richtig gehende Produktenbörse ist es ja noch nicht, die uns die Freigabe des Hafers gebracht hat, aber die Anfänge zu einer solchen sind zu sehen. Die Börse hat sich in der letzten Zeit den übrigen Getreidearten dem Hafer in den freien Verkehr schneller als mancher heute denkt. Wieso wir dies sagen? Nicht ganz ohne Grund, denn wie die Dinge augenblicklich liegen, bestehen ernsthafte Zweifel, ob es der Reichsgetreidestelle gelingen wird, die Brotversorgung des Landes durchzuführen, wenn man das die R. G. nicht vernag, wenn das Volk nicht unbedingt auf die regelmäßige Lieferung seines täglichen Brotes rechnen kann, dann hat die R. G. ausgesetzt und an die Stelle der Zwangsversorgung tritt der freie Handel für Weizen, Roggen und Gerste, dem die Volksernährung umso leichter werden wird, als unsere Entente in allen diesen Getreidearten befriedigende und mehr als reichlich Material für unser Bedarf bieten. Die gegenwärtigen Befürchtungen wegen unserer Brotversorgung sind durch die allgemeine Verhältnisse veranlaßt. Die Landwirte wollen die Fortdauer der Zwangswirtschaft nicht. Sie erklären die Preise, die ihnen die Reichsgetreidestelle zahlen, für zu niedrig, und sie verlangen ein Doppelte wie in der Freizustand betragen, angesichts der gewaltigen Steigerungen der Löhne und sämtlicher Unkosten, wie der wahnwitzig vermehrte Aufwand für Düngemittel und so weiter. Sie fordern den freien Markt, an dem alle bestehenden Verhältnisse sich entsprechend in der Bildung der Preislage zum Ausdruck bringen und man weiß, sobald bei ihnen vorliegen, die Tendenz suchen, die Bewirtschaftungsbedingungen noch weiter zu unterstützen. Bei der Ablehnung ihrer Erzeugnisse tun sie nur das, was sie von uns erwarten dürfen, und wir müssen uns ihr ergeben, wenn sie sich ganz allein nach den Bedingungen ihrer Wirtschaft. Ihre Pflicht ist, ihr Getreide abzugeben, und die Reichsgetreidestelle hat die Pflicht, das Getreide abzunehmen, wenn es ihnen angeboten wird. Das ist nun müssen, denn ein solcher könnte die ganzen Wirtschaftsbedingungen der Güter über den Haufen werfen. Seither hatte man sich mit dem Gedanken abgefunden, die Reichsgetreidestelle solle die Erzeugnisse der Landwirte abnehmen, die Erzeugnisse der Erzeuger zu besonderen Anstrengungen und zur Extranstellung von Leuten bewegen würde, um auch in der Zeit seiner angestrengten Tätigkeit Ware ablieferungsfähig zu machen. Auch diesmal hätte die Reichsgetreidestelle den Antrag auf jene Frühfrühschneidung gestellt, aber der Gesetzgeber hat sich nicht für diesen Antrag entschieden, und wir sind somit soweit Roggen dreschen, als die Verhältnisse der Wirtschaft das nötig machen, und daß sie im übrigen die Ablieferung auf eine Zeit aussetzen, wenn ihre übrigen Arbeiten das gestatten. Offenbar besteht auch bei vielen Landwirten die Meinung, daß die Reichsgetreidestelle bei weitem nicht das erfüllt, was sie täglich gebraucht. Die verhältnismäßig groß gewordenen alten Vorräte brauchen sich abzufüllen auf und es ist jetzt zum Teil Auslandsmaterial, Roggen wie Weizen, die den Rohstoff für die Mehlfabrikation unserer Mühlen bieten. Es ist falsch, auf die jetzt wieder vorhandene Möglichkeit des Imports hinzuweisen, um daraus den Schluß zu ziehen, daß wir nicht in Verlegenheit kommen können. — Bei heutigen Valutastände dürfte sich der Auslandsweizen kaum unter 2300 Mark nach Deutschland legen und auch der amerikanische Roggen wird nur wenige Hundert Mark darunter kosten, sodaß wir an das Ausland, also reichlich das Fünffache zahlen müßten als unsere Landwirte von der R. G. bekommen. Sollte es nicht angesichts dieser Verhältnisse geboten sein, noch jetzt die früher abgelehnte Urfrühschneidung einzuführen, um zwar in einer Reihe von Jahren die Wirtschaft durchschlagend wäre. Wenn der Landwirt während des Septembers 100 bis 150 Mark Aufgeld für die Tonne bekommt, und im Oktober etwas weniger, so müßte der Erzeuger sich nicht wundern, daß gerade die Übernahme dieser Prämie große Massen rechtzeitig ausdreschen. Will man das nicht, so beschleunigt man den Zusammenbruch unserer Brotversorgung, was aber nicht abzuwenden ist, wenn die Übernahme der allgemeinen Versorgung durch den freien Handel, für den Fall, daß alle Vorräte erschöpft sind, nicht von heute auf morgen neuen Zustände herstellen kann, sondern, daß dieser nur ebenfalls durch starke Aufgelde, die sich je nach den Verhältnissen richten, für schleunigste Heranzuführung geeigneter Züchtungen sorgen kann. Man muß sich nicht, daß gerade die freie Brotversorgung nicht im Gefolge eines Wirtschaftszusammenbruches beginnt, sondern daß die Aufgabe der auswärtigen Brotversorgung schon jetzt für den schluß des Ernte-

jahres vorbereitet und bis dahin in rationeller Weise für die Beschaffung genügenden Materials gesorgt wird. In unserer gestrigen Morgenzeitung brachten wir eine Privatgeschichte aus Halle, nach welcher beim Anhaltischen Landesnahrungsrat die Nachricht eingelaufen sei, daß das Reich bis zum 1. Oktober einen Zuschuß von 100 Mark zum Grundpreis des inländischen Brotgetreides zahlen will. Wir wissen zwar nicht, worauf diese Meldung begründet, doch ist es wohl möglich, daß es sich hierbei um Besprechungen bezüglich einer den Landwirten zu zahlenden Preisbefreiung handelt. Der Schlüssel der Depeche: „Anhalt wird darum demnächst den Preis herabsetzen“, entstammt wohl der Fälschung des Korrespondenten, denn es kann sich bei unseren niedrig gehaltenen Brotpreisen nicht darum handeln, daß dieser durch Zuschüsse herabgesetzt werden, sondern die Bevölkerung wird sich darüber klar werden müssen, daß auch der Preis des Brotes von der allgemeinen gewaltigen Teuerung sich nicht ganz ausschließen kann. Sind doch schon jetzt infolge des Herablassens von Auslandsware übergroße Zuschüsse für die Brotversorgung notwendig geworden. Wir müssen versuchen und können es auch, uns von Getreidebörsen von Auslande möglichst ganz frei zu machen und im Lande selbst die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um jederzeit für den Bedarf mit genügenden Vorräten gesichert zu sein. Dazu gehört aber in erster Reihe, daß wir nicht den eigenen Landwirt mit 400 und 450 Mark für die Tonne abweisen, während wir dem Auslande weit über 2500 Mark für die gleiche Menge bezahlen müssen, sondern daß wir durch Zonierung gewisser Aufgelde den Anreiz bieten, zu bestimmten Zeiten, wenn die Bestände knapp sind und weitere Zufuhr gebracht wird, dieselbe durch ein spezielles Prämien anzuheben. Wir angiebiglich die Dinge liegen, müßte man, wie erwähnt, befürchten, daß ohne solche Prämien die behdende Brotlieferung sehr bald ins Schwanken kommt, wie denn die bereits aus Bayern Nachrichten vorliegen, nach welchen man dort über die Versorgung der Großstädte erste Befürchtungen hegt. Auf diese Gesamtlage der Brotversorgung zielt jene eingangs gemachte Bemerkung, daß man nicht wissen kann, ob nicht über kurz oder lang neben Hafer auch die anderen Getreidearten herangezogen werden müssen.

Bei allen hierher dem Verkehr frei gegebenen Bodenprodukten hatte es sich bekanntlich ziemlich gleichmäßig gezeigt, daß die Preislage ganz wesentlich unter der vorher im Scheitelpunkt der Inflationen gelegen war, und zwar merklich über den antilichen nur auf dem Papier bestandenem Höchstpreis eröffnete, und man sehr bald so viel Waren heranzubringen, daß der Wert gegen den Anfangsstand um ca. 50% zurückging. So war es bei Lupinen, bei Sarradella, bei Heu und Stroh und es bleibt nun abzuwarten, ob und inwieweit sich ein ähnlicher Vorgang auch beim Hafer ereignet wird. Zunächst hat derselbe, wie aus unseren täglichen Berichterstattungen hervorgeht, mit einem Grundpreise von ca. 50 Mark für den Zentner gegen bisher im Scheitelpunkt 130 Mark und gegen den antilichen Übernahmepreis von 20 Mark begonnen. Dabei waren aber für schnelle Verladung merklicher Aufgelde bezahlt, sodaß die Landwirte sich anfangs nicht allzu sehr über den Preis der trockenen Einbringung ihrer Hafer zu freuen und zum Versand zu bringen. Es hat sich dadurch das Angebot von baltischem Hafer in der Provinz beträchtlich gemehrt und auch auf Abladung während des Restes des August kamen die Angebote kräftiger heraus, ebenso wie auch im September und September-Oktober-Abgaben täglich in zunehmendem Maße zu kaufen war. Die Preise haben sich daher bereits gegen ihren Anfangsstand verringert, sodaß September-Abgaben mit 44-46 Mark pro Zentner, das ist 80 bis 90 Mark pro Tonne, je nach der Provenienz zu kaufen war. Es ist somit nicht gerade unwahrscheinlich, daß sich auch beim Hafer das Beispiel der Freigabe des Hafers wiederholt. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß die Freigabe des Hafers seitens der Reichsgetreidestelle wieder nur halbe Arbeit gewesen wäre. Denn bekanntlich hat die R. G. vorbehalten, die Haferversorgungsmittelindustrie, deren Bedarf etwa 400 000 Tonnen Hafer beträgt und die Privatwänter mit Ansprüchen von ca. 200 000 Tonnen selbst zu beliefern. Was es an solchen Befürchtungen beschränkter Mengen aus rungspflichtigen Bundesstaaten taten, war, daß sie man bei anderen Erzeugnissen genügend kennen gelernt. So waren bekanntlich von Heu und Stroh gewisse Quantitäten zu liefern und durch Umlage auf die einzelnen Bezirke verteilt. Das erste, was die Landwirte und Behörden der Befürchtungen Bundesstaaten taten, war, daß sie ihre Kreise für die Ausfuhr sperren und damit nicht nur jene beschneidenden Mengen, sondern auch die ganzen übrigen Überschüsse festhalten und dem Reich vorbehalten. Nur auf diese Weise war es beispielsweise möglich gewesen, daß wir im letzten Jahre den entsetzlichen Mangel an Stroh und Häcksel bei einer übergroß gen Menge Strohernte hatten, sodaß nun, nachdem der freie Handel eingesetzt hatte, überwältigende Mengen noch zum Vorschein kamen.

Beim Hafer sollte die Wiederholung dieser Erfahrung vermieden werden. Der Gesetzgeber hat daher die Sicherung der obigen, von der R. G. gebrauchten Mengen durch eine Haftung von Strafanforderungen bewirken wollen. Nach § 13 Abs. 2 der Reichsgetreidestellung soll jeder Erzeuger, der die auf ihn entfallende Hafermenge durch anderweitigen Verkauf nicht zu liefern imstande ist, der R. G. als Schadenersatz das Doppelte des zur Zeit der Festsetzung geltenden Marktpreises oder, falls der von ihm erzielte Verkaufspreis höher ist, diesen an die Reichsgetreidestelle zahlen. Des weiteren bringt der § 8 Abs. 1 No. 13 die Androhung, daß jeder zur Lieferung Verpflichtete, falls er nicht seiner Verpflichtung nachkommt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark, oder mit einer dieser Strafen bestraft wird. Man sollte meinen, daß eine solche Haftung der schärfsten Schadenersatz- und Strafanforderungen vollkommen genügt, um den Landwirt mit der ihm zur Lieferung aufgetragenen Hafermenge pünktlich zur Stelle zu bringen. Indessen scheinen die Verwaltungsbehörden der einzelnen Bezirke und Staaten von einer Unachtsamkeit solcher Bedrohungen selbst nicht viel zu halten, denn das erste, was nach der Bekanntgabe der Umlagen geschah, war, daß für die beiden Bezirke, die die Umlage zu übernehmen hatten, und daß auch für eine Reihe von Kreisen in Pommern und anderen Produktionsprovinzen die Grenzen für die Ausfuhr gesperrt wurden. Ob die untergeordneten Verwaltungsstellen hierbei ein Grund ihrer alten Gewohnheit oder mit Uebereinstimmung der Regierung verfahren, läßt sich zunächst nicht erkennen und wird sich erst bei eingehenderen Untersuchungen herausstellen. Offenbar liegt es klar, daß wenn nun wieder ganze Produktionsbezirke an der Ablieferung ihrer Überschüsse an die Allgemeinheit hindert, man die Abgabe des Handel sein Aufgabe, den allseitigen Kon-

